

Hans-Jürgen Urban

# Arbeiterbewegung heute: Wandel der Arbeit – Wandel der Bewegung

Die deutsche Arbeiterbewegung entstand während der kapitalistischen Industrialisierung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts.

**Hans-Jürgen Urban**

Dr. phil., geb. 1961; geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, Wilhelm-Leuschner-Straße 79, 60329 Frankfurt/M.  
hans-juergen.urban@igmetall.de

Sie gründete sich als Schutzbewegung gegen die sozialen und politischen Zumutungen des Kapitalismus und bestand aus Gewerkschaften, der sozialdemokratischen Partei sowie aus Genossenschaften und Kulturvereinen. Die Bewegungsteile verband von Anfang an ein gemeinsames Klassenbewusstsein sowie das politische Ziel der Zivilisierung und perspektivischen Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung.

Diese Arbeiterbewegung existiert heute nicht mehr. Zumindest nicht als organisatorisch plurale Bewegung, die durch eine gemeinsame Klassenidentität und das Projekt der Transformation des Kapitalismus zusammengehalten wird. Doch was kam oder kommt danach? Handelt es sich bei der Arbeiterbewegung generell um ein historisch abgeschlossenes Phänomen?<sup>1</sup> Oder leben Elemente dieser Bewegung fort, die sich – wenn auch in einem neuen Kontext – zu einer Bewegung mit ähnlichen sozialen und politischen Ambitionen zusammenfinden (können)?

## Die Vergangenheit: Arbeiter und ihre Bewegung im Kapitalismus

Als frühe Kerninstitutionen der deutschen Arbeiterbewegung bildeten sich die Gewerkschaften aus den Gesellen- und Gewerkvereinen. Vor allem und für lange Zeit waren sie Interessenverbände der Lohnarbeiter, um Löhne,

Arbeitsbedingungen und Beschäftigung gegen die Zumutungen des kapitalistischen Akkumulationsprozesses zu verteidigen. Dazu sollte die kollektive Interessenvertretung der Vereinzelung und Konkurrenz unter den Lohnabhängigen entgegenwirken; verbindliche Schutzregelungen durch Kollektivverträge (Tarifverträge) oder allgemeine Gesetze sollten materielle Standards und Rechte sichern. Doch die Bewegung bestand bald nicht mehr nur aus den Gewerkschaften. Hinzu kamen Arbeiterparteien, Genossenschaften und Kulturvereine. Zwischen den Bewegungsteilen entwickelte sich im Laufe der Zeit eine spezifische politische Arbeitsteilung.<sup>2</sup>

Die Gewerkschaften verstanden sich als „Sammelpunkte des Widerstandes gegen die Gewalttaten des Kapitals“ (Karl Marx) und als Schutzorganisationen zur Wahrung der allgemeinen Reproduktionsinteressen der Lohnabhängigen. Sie repräsentierten den sozialen Kern der Bewegung. In den Arbeiterparteien, die Träger des politischen Kerns waren, setzte sich nach kontroversen inneren Debatten die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie des Kapitalismus durch. Dabei reklamierten sie immer wieder eine politische Führungsrolle innerhalb der Bewegung und verstanden sich als politische Interessenverbände des Proletariats mit reformistischen oder revolutionären Absichten. Die Genossenschaften wollten als Konsumvereine die Existenzsicherung der Proletarier erleichtern; und die proletarische Kulturpflege in eigenständigen Vereinen sollte bereits im Kapitalismus die Machbarkeit solidarischer Formen des Alltagslebens vorbereiten. Dass die endgültige Befreiung der Arbeit jedoch erst nach der Transformation der kapitalistischen in eine sozialistische Gesellschaft möglich sei, galt als Gewissheit, welche die Teile der Bewegung zu einem Ganzen verband.

## Die Prognose: Ende der Arbeit, der Bewegung und des Kapitalismus

Während Gewerkschaften und Sozialdemokratie trotz weitgehend reformistischer Alltagspraxis noch in der Weimarer Republik an der Transformationsperspektive festhielten,

<sup>1</sup> So Axel Kuhn, *Die deutsche Arbeiterbewegung*, Stuttgart 2004.

<sup>2</sup> Vgl. Wolfgang Abendroth, *Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung*, Frankfurt/M. 1965.

verlor sie in der Periode des deutschen „Wirtschaftswunders“ an Bedeutung.<sup>¶</sup> Schrittweise verdrängte das Ziel der sozialen Ausgestaltung des Kapitalismus das seiner Überwindung.

Die Ursachen dafür waren vielfältig. Dabei gelten die Prosperitätsjahrzehnte nach 1945 als „Golden Age“ (Eric Hobsbawm) des Kapitalismus und zugleich als Phase der Erosion der traditionellen Arbeiterklassen und ihrer Bewegung. Zwar schuf die industrielle Massenproduktion noch eine gemeinsame soziale Klassenlage für große Teile der Lohnabhängigen. Doch mit diesen korrespondierte immer weniger ein entsprechendes Klassenbewusstsein. Die mikroelektronische Durchdringung des Arbeitsprozesses und der Strukturwandel in Richtung einer Dienstleistungsökonomie beförderte die Auflösung traditioneller Klassenmilieus („Individualisierung“) und der Verlust an gemeinsamen Klassenerfahrungen die Herausbildung neuer Werte- und Bewusstseinsmuster („Enttraditionalisierung“).<sup>¶</sup>

Damit erodierte nicht nur die Grundlage einer einheitlichen „Arbeiterkultur“, was das Verschwinden der proletarischen Kulturvereine beförderte. In Verbindung mit der Anhebung des allgemeinen Lebensstandards und den Rechten und Sicherheiten des erkämpften Wohlfahrtsstaates trugen sie auch in der Arbeiterschaft zu einem allgemeinen Bewusstseinswandel bei, in dem eher konsumorientierte und kapitalismusunkritische Elemente traditionelles Klassenbewusstsein überlagerten.

Diese Entwicklung wurde begleitet und befördert von neuen Diskursen in Wissenschaft und Medien. Mitunter wurden das Ende der kapitalistischen Klassengesellschaft und die Geburt der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ (Helmut Schelsky) ausgerufen. In dieser, so der Tenor, sei kein Bedarf an Kapitalismuskritik und Klassenkämpfen, zumal die Deformationen des Realsozialismus als zwangsläufige Folgen sozialistischer Ambitionen galten.

Weder Gewerkschaften noch Sozialdemokratie wirkten dieser Entwicklung systema-

tisch entgegen. Beide waren Träger jenes wohlfahrtsstaatlichen Klassenkompromisses, der mal informell, mal als „konzertierte Aktion“ den Erfolg des „Modells Deutschland“ sicherte. Trotz Fortbestand der Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen konnten die Lohnabhängigen in bisher unbekanntem Maße „soziales Eigentum“ (Robert Castel) in Form von Arbeitsrechten, wirtschaftlicher Mitbestimmung und sozialen Sicherheiten erringen. Zweifelsohne existierten auch in dieser Periode in beiden Organisationen kapitalismuskritische Strömungen fort. In den Gewerkschaften wurden sie etwa durch Vorsitzende wie Otto Brenner (IG Metall) und Leonhard „Loni“ Mahlein (IG Druck und Papier) oder gewerkschaftsnahe Intellektuelle wie Wolfgang Abendroth<sup>¶</sup> repräsentiert. Vor allem anlässlich der sozialen Klassenkonflikte um Arbeitsbedingungen und Arbeitszeiten gewannen sie immer wieder an politischem Gewicht. Doch die politische Hauptlinie von Sozialdemokratie und Gewerkschaften entfernte sich schrittweise von Kapitalismuskritik und Transformationsperspektive und wandte sich der sozialen Ausgestaltung der Marktwirtschaft zu. Das Godesberger Programm der SPD (1959) und das Düsseldorfer Programm des Deutschen Gewerkschaftsbundes (1963) gelten als programmatische Stationen auf diesem Weg.

Mitte der 1970er Jahre endete der „kurze Traum immerwährender Prosperität“ (Burkart Lutz). Doch der Rückkehr der kapitalistischen Krisen folgte in den öffentlichen Debatten nur vorläufig eine Rückbesinnung auf Kapitalismuskritik und Arbeiterbewegung. Einflussreicher waren die Thesen vom Ende der Arbeitsgesellschaft und damit auch der Arbeiterbewegung. Arbeitssparender technischer Fortschritt, Kosten- und Produktivitätsdruck der globalen Konkurrenz und verfestigte Massenarbeitslosigkeit limitierten dauerhaft den Zugang zur Erwerbsarbeit; und die wohlfahrtsstaatliche Regulierung des Konflikts zwischen Kapital und Arbeit habe den alten Klassenkonflikt suspendiert. Dadurch, so eine einflussreiche These, habe die Arbeit ihre „utopischen Energien“ (Jürgen Habermas) und ihre Prägekraft für soziale Bezüge, gesellschaftliche Normen und individuelle Selbsteinschätzungen eingeblüht.

¶ Vgl. Hans-Jürgen Urban, Sozialkritik und Gewerkschaften, in: Klaus Dörre/Dieter Sauer/Volker Wittke (Hrsg.), Kapitalismustheorie und Arbeit, Frankfurt/M. 2012, S. 421–445.

¶ Vgl. Ulrich Beck, Risikogesellschaft, Frankfurt/M. 1986.

¶ Vgl. Andreas Fischer-Lescano/Joachim Perels/Thilo Scholle (Hrsg.), Der Staat der Klassengesellschaft. Rechts- und Sozialstaatlichkeit bei Wolfgang Abendroth, Baden-Baden 2012.

Wenn aber die Arbeitsgesellschaft an ihr Ende komme, so wurde gefolgert, könne Vollbeschäftigung kein sinnvolles Ziel und die Arbeiterbewegung kein progressiver Akteur mehr sein. Vielfach wurde auch in linken Milieus „Abschied vom Proletariat“ (André Gorz) genommen. Als neue Hoffnungsträger traten neue soziale Bewegungen mit postmateriellen Wertekanons auf die politische Bühne; und die Förderung einer Alternativökonomie und der Existenzsicherung außerhalb der Erwerbsarbeit erhielt Vorrang vor traditioneller Vollbeschäftigungspolitik.<sup>6</sup>

## Die Realität: Nicht Ende, aber Wandel von Arbeit und Kapitalismus

Aus heutiger Sicht waren manche der Abschiede voreilig. Zweifelsohne haben die traditionelle Arbeiterklasse und ihre Bewegung die Umbrüche in Wirtschaft und Gesellschaft nicht unverändert überlebt. Doch weder Klassen und ihre Konflikte noch Bedeutung und Schutzbedürftigkeit kapitalistischer Erwerbsarbeit lösten sich auf.

Auch der Kapitalismus verschwand nicht, sondern wandelte sich vom Wohlfahrtsstaats- zum Finanzmarktkapitalismus. Nachdem der Nachkriegskapitalismus in eine tiefe Produktivitäts-, Profitabilitäts- und Wettbewerbskrise geraten war, setzten sich vielfach politische Regierungsformationen durch, die das Modell wohlfahrtsstaatlicher Regulierung als Krisenursache bestimmten. Während konservativ-neoliberale Regierungen die traditionelle Ablehnung staatlicher Interventionen radikalisierten, zielte die „neue Sozialdemokratie“ stärker auf die Aktivierung des Einzelnen und ein neues Verhältnis von Individuum, Gesellschaft und Staat. Folgen beider Strategieansätze waren die forcierte Integration deregulierter Märkte in Europa sowie der Rück- und Umbau der nationalen Wohlfahrtsstaaten. Und wo „neusozialdemokratische“ Parteien die Regierungspolitik bestimmten, folgte mitunter das Ende der privilegierten Partnerschaft zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften.<sup>7</sup>

<sup>6</sup> Vgl. etwa: Claus Offe, Vollbeschäftigung?, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, (1994) 12, S. 796–806.

<sup>7</sup> Vgl. James Piazza, De-Linked Labor, in: Party Politics, 7 (2001) 4, S. 413–435.

Es waren die voranschreitende Exklusion am Rande und die härter werdenden Konflikte im Zentrum der Gesellschaft infolge dieser Politik, die neue Debatten um Klassenspaltungen und -konflikte beförderten. Die in Wissenschaft und Gesellschaft dominante Auffassung, wohlfahrtsstaatliche Sicherheiten und die Erosion kollektiver Klassen- und Bewusstseinslagen hätten zum endgültigen Verschwinden von Klassen geführt, verlor zunehmend an Überzeugungskraft. Denn das Deregulierungs-, Privatisierungs- und Aktivierungsprogramm des Neoliberalismus und der „neuen Sozialdemokratie“ demonstrierte gerade jene Arbeits- und Sozialverfassung, die der Dekommodifizierung der Arbeitskraft zugrunde lag. Die Folgen waren eine ungleichere Einkommens- und Vermögensverteilung, neue gesellschaftliche Spaltungen und eine allgemeine „Rückkehr sozialer Unsicherheit“ (Robert Castel).

Zwar war auch die traditionelle Arbeiterklasse nie eine homogene und politisch geschlossene Bewegung, waren regionale, ethnische und geschlechterspezifische Segmentierungen stets präsent. Doch im Finanzmarktkapitalismus erreichten soziale Spaltungen unter den Lohnabhängigen neue Dimensionen.<sup>8</sup> Neben integrierten Stammbesellschaften mit steigendem Arbeitsdruck existiert ein Segment prekär Beschäftigter, denen wohlfahrtsstaatliche Sicherheiten weitgehend vorenthalten werden. Am Rande der Arbeitsgesellschaft verharren jene Ausgegrenzten, die zu Objekten mitunter repressiver Aktivierungsstrategien werden, deren Chancen auf Integration in Arbeitsmarkt und Gesellschaft gleichwohl gering bleiben. Und infolge von Restrukturierung und Outsourcing breiten sich schließlich neue Formen von Prekarität aus, die nicht innerhalb abhängiger Lohnarbeit, sondern in der Sozialfigur des abhängig Selbstständigen (wie etwa „Solo-Selbstständigkeit“, „Ich-AG“, Werkverträge) auftreten.

Doch nicht nur durch den Blick nach unten, auch durch den Blick nach oben, auf die Herr-

<sup>8</sup> Vgl. Klaus Dörre, Soziale Klassen im Prozess kapitalistischer Landnahmen, in: Heinz Bude/Ralf M. Damitz/André Koch (Hrsg.), Marx. Ein toter Hund?, Hamburg 2000, S. 198–236; Göran Therborn, Class in the 21st Century, in: New Left Review, (2012) 6, S. 5–29.

schenden, erlebt die Klassenfrage eine unerwartete Renaissance. Bereits vor der Krise des Finanzmarktkapitalismus seit 2008 verwies der Liberale Ralf Dahrendorf darauf, dass sich der neue Kapitalismus in eine „Welt der Chancen“ und eine „Welt des Ausschlusses“ spalte. In der Welt des Ausschlusses konzentrierten sich die Nachteile: niedrige Einkommen, höhere Arbeitslosigkeit, schlechtere Gesundheitszustände und nicht zuletzt schlechtere Bildungschancen für die Kinder. In der Welt der Chancen gebe eine „neue globale Klasse“ als herrschende Klasse „den Ton an“, wobei ihre Interessen in der Wirtschaftspolitik des Neoliberalismus und den Dritte-Weg-Strategien der „neuen Sozialdemokratie“ einen perfekten Ausdruck fänden.<sup>¶</sup> Auch andere Studien beobachteten die Herausbildung einer neuen „Dienstklasse des Finanzmarktkapitalismus“. Zu dieser gehören Investment-, Pensions- und Hedgefonds-Manager, Investmentbanker sowie Analysten in Ratingagenturen und anderen Institutionen. Diese neue Elite orientiert sich an den Rationalitätskriterien der globalen Finanzmärkte und wirkt über die Finanzkontrolle der Unternehmen in die Realwirtschaft hinein; und damit befördert sie jenen Finanzmarktkapitalismus, der mit Wohlfahrtsstaat und Gewerkschaftsrechten die Interessen der abhängig Arbeitenden infrage stellt.<sup>¶</sup>

## Die Perspektive: Von der Bewegung der Arbeiter zur Bewegung der Arbeit

Offensichtlich, so lässt sich bilanzieren, sind in der heutigen Gesellschaft klassenkonturierte Sozialstrukturen mit Klassenlagen und -interessen durchaus präsent. Doch wie steht es um die Klassenbewegungen?

Obwohl ihre Mitglieder im neuen Kapitalismus „den Ton angeben“, wird über das konzentrierte Klassenhandeln der neuen Finanzelite wenig geredet und geforscht.<sup>¶</sup> Das ist gerade

¶ Vgl. Ralf Dahrendorf, Die globale Klasse und die neue Ungleichheit, in: Merkur, (2000) 11, S. 1058 ff.

¶<sup>9</sup> Vgl. Paul Windolf, Eigentümer ohne Risiko, in: Zeitschrift für Soziologie, (2008) 6, S. 516–535; ähnlich argumentiert Colin Crouch, der von einer „Klasse von Finanzkapitalisten“ als Träger des Neoliberalismus spricht. Colin Crouch, Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus, Frankfurt/M. 2011, S. 160.

¶<sup>11</sup> Vgl. zu den Ausnahmen: Hans-Jürgen Krysmanski, 0,1 %. Das Imperium der Milliardäre, Frankfurt/M. 2012.

aus demokratiepolitischen Gründen äußerst misslich, denn die einschlägigen Analysen des Finanzmarktkapitalismus weisen darauf hin, dass sich bei der neuen Klasse der Finanzkapitalisten längst ein demokratieunverträgliches Maß an ökonomischer und politischer Macht konzentriert. Wie diese als Lobbymacht gegen den demokratisch legitimierte Staat in Stellung gebracht wird, konnte an den letztlich gescheiterten Versuchen einer durchgreifenden Regulierung der Finanzmärkte nach der Krise studiert werden.<sup>¶</sup> Ein Lehrstück der „Postdemokratie“ (Colin Crouch).

Doch was ist mit der Handlungsfähigkeit der abhängig Arbeitenden? Mitglieder- und Machtverluste infolge des kapitalistischen Strukturwandels haben Sozialdemokratie und Gewerkschaften in eine historische Defensive gedrängt.<sup>¶</sup> Doch bei den Gewerkschaften zeigen sich seit geraumer Zeit Anzeichen einer organisationspolitischen Stabilisierung. Ob es sich dabei um Vorboten einer nachhaltigen Revitalisierung handelt, dürfte nicht zuletzt von ihrer Fähigkeit abhängen, neben Organisationsmacht auch Strategiefähigkeit zurück zu gewinnen.<sup>¶</sup> Zu den Strategiefragen, die es dabei zu meistern gilt, gehören drei, die um die Begriffe Entgrenzung, Prekarisierung und Europäisierung kreisen:

1. Der Begriff der *Entgrenzung* fasst Entwicklungen im Zentrum der Ökonomie zusammen, durch die soziale Grenzziehungen zum Schutz der Arbeit infrage gestellt werden. Sie sind Bestandteile einer umfassenden Neuorganisation von Arbeitsabläufen, Unternehmensorganisation und Sozialbeziehungen, die durch die gegenwärtige Digitalisierung an Dynamik gewinnen. Dabei verlieren etwa tarifliche Leistungs- und Arbeitszeitregelungen an Kraft, die Leistungsanforderungen und Arbeitszeiten begrenzen sollen; zugleich

¶<sup>12</sup> Vgl. Renate Mayntz, Die Handlungsfähigkeit des Nationalstaats bei der Regulierung der Finanzmärkte, in: Leviathan, (2010) 2, 175–187.

¶<sup>13</sup> Vgl. zur Lage der Parteien: Wolfgang Merkel et al., Die Reformfähigkeit der Sozialdemokratie, Wiesbaden 2006; vgl. zur Lage der Gewerkschaften: John Peters, The Rise of Finance and the Decline of Organised Labour in the Advanced Capitalist Countries, in: New Political Economy, (2011) 16, S. 73–99.

¶<sup>14</sup> Vgl. Hans-Jürgen Urban, Gewerkschaftsstrategien in der Krise, in: Stefan Schmalz/Klaus Dörre (Hrsg.), Comeback der Gewerkschaften?, Frankfurt/M. 2013.

verschieben sich die Linien zwischen Produktions- und Dienstleistungsarbeit, was die alten Abgrenzungen zwischen Arbeitern und Angestellten sowie zwischen Industrie- und Dienstleistungssektoren und die mit ihnen verbundenen Gewerkschaftsstrukturen infrage stellt. Aus diesen Entwicklungen resultieren enorme Produktivitäts- und Profitabilitätssprünge, aber auch Arbeitsverdichtungen, ein umfassenderer Zugriff auf die Lebenszeit der Beschäftigten sowie eine Schwächung gewerkschaftlicher Interessenvertretung.

Gewerkschaften sind hier in doppelter Hinsicht gefordert: mit unternehmenspolitischen Strategien, die auf die Restrukturierung der Unternehmen zur Sicherung von Beschäftigung, Entscheidungsspielräumen und Mitbestimmung Einfluss nehmen, und mit arbeitspolitischen Strategien, die der überschießenden Vernutzung lebendiger Arbeit in einem immer intensiveren Arbeitsprozess neue Grenzen ziehen. Dabei müssen Konzepte guter Arbeit stärker denn je nicht nur den Schutz vor Einkommensverlusten, Gesundheitsschäden und Arbeitsplatzverlusten enthalten. Die wachsenden Ansprüche an Arbeitsinhalte sowie Handlungs- und Entwicklungsspielräume in der Arbeit erzeugen ein Erwartungsprofil qualifizierter Beschäftigter, dem sich Unternehmen, aber auch Betriebs- und Personalräte sowie Gewerkschaften zu stellen haben.

2. Die finanzmarktorientierte Restrukturierung der Unternehmen und die Deregulierung wohlfahrtsstaatlicher Sicherungssysteme sind wesentliche Treiber der *Prekarisierung* von Arbeit, die einen konstitutiven Trend des Gegenwartskapitalismus darstellt. Die Folgen sind Verluste an sozialen Sicherheiten und neue Spaltungen unter den Lohnabhängigen.

Eine gewerkschaftliche Politik der Entprekarisierung hat dabei anzuerkennen, dass die unbefristete Vollzeitbeschäftigung über das ganze Erwerbsleben hinweg nicht mehr für alle Beschäftigten eine erstrebenswerte Norm darstellt. Arbeits- und Lebensformen jenseits der Normalerwerbsbiografie werden mitunter auch als willkommene Optionen wahrgenommen. Die veränderten Erwartungen verlangen nach einem neuen Regime sozialer Sicherheit, das individuelle Handlungsspielräume bei unsteten Erwerbsverläufen eröffnet. Gefordert ist eine sozialstaatliche Neuordnung des Arbeitsmarktes

inklusive eines Umbaus der Sozialversicherungen.<sup>15</sup> Unvermeidlich wäre dabei die Abkehr vom aktivierenden Arbeitsmarktsystem mit seinen reduzierten Lohnersatzleistungen und seinen repressiven Zumutbarkeitsregeln.

Nicht minder wichtig ist jedoch die Öffnung gewerkschaftlicher Interessenpolitik für schutzbedürftige Arbeit in Form abhängiger Selbstständigkeit. Notwendig sind auch hier arbeitspolitische sowie arbeits- und sozialrechtliche Strategien. Vor allem muss sich das Selbstverständnis der Gewerkschaften verändern: von der Schutzorganisation der abhängig Beschäftigten zu einer Interessenorganisation der abhängig Arbeitenden – in allen sozialen Formen. Das ist ein Unterfangen, das an die Fundamente einer identitätsstiftenden Organisationskultur stößt und daher nicht einfach zu realisieren sein dürfte.

3. Hinzu kommt die Aufgabe der *Europäisierung* gewerkschaftlicher Strukturen und Politik. Das bleibt ein schwieriges Unterfangen. Die Dominanz neoliberaler Politik deformiert seit Langem den europäischen Einigungsprozess. Bereits vor der Finanz-, Fiskal- und Wirtschaftskrise erwies sich die Europäische Union zunehmend als „Liberalisierungsmaschine“ (Wolfgang Streeck) zur Beseitigung wohlfahrtsstaatlicher Marktregulierungen. Durch die Freisetzung der kapitalistischen Ökonomie von demokratischen Marktkorrekturen beförderte sie nicht nur die Expansion deregulierter Finanzmärkte.<sup>16</sup> Gegenwärtig wird eine institutionelle Struktur (*economic governance*) errichtet, welche die neoliberale Austeritätspolitik auf Dauer stellen soll und tief in die Entwicklung von Löhnen, Produktivität, Sozialsystemen sowie der nationalen Kapital-Arbeit-Beziehungen eingreift. Ein neuer „lohnpolitischer Interventionismus“ wird sichtbar, der zunehmend Tarifsysteme und Sozialstandards unterminiert.<sup>17</sup>

Die Gewerkschaften stehen jedoch nicht nur vor der Aufgabe, Tarifautonomie und institutionelle Macht im europäischen Kontext zu

<sup>15</sup> Vgl. ders., *Gute Arbeit: Leitbild einer zeitgemäßen Vollbeschäftigungspolitik*, in: APuZ, (2012) 14–15, S. 8–12.

<sup>16</sup> Vgl. Wolfgang Streeck, *Gekaufte Zeit*, Berlin 2013.

<sup>17</sup> Vgl. Klaus Busch et al., *Eurokrise, Austeritätspolitik und das Europäische Sozialmodell*, Berlin 2012, S. 8 ff.

sichern. Kurzfristig ist Widerstand gegen die ökonomisch desaströse Krisenpolitik und die Demokratieschäden gefordert, die das Austeritäts-Regime auf europäischer Ebene und in den Mitgliedstaaten anrichtet.<sup>18</sup> Mittelfristig bedarf es einer europapolitischen Neuorientierung, um den offensichtlichen Europäisierungsrückstand aufzuholen. Notwendig sind eine effizientere Koordinierung der nationalen Verteilungs- und Arbeitsmarktpolitiken und zugleich der Ausbau der Interessenvertretung in den europäischen Konzernen. Hinzukommen müsste das Engagement für einen neuen *Policy-Mix*, in dem Instrumente der Umverteilung (wie etwa Vermögen- und Erbschaftsteuer) und Innovations- und Investitionsprogramme – nicht zuletzt für die „Schuldenstaaten“ – ineinandergreifen.

## Mosaik-Linke Perspektiven

Doch reicht die Bewältigung dieser Anforderungen für eine durchgreifende Revitalisierung der Gewerkschaften als dem sozialen Kern einer neuen Bewegung der Arbeit aus? Sind gute Arbeit sowie neue Regime sozialer Sicherheit und Demokratie überhaupt in einem Entwicklungsmodell realisierbar, in dem Finanzeliten mit unkontrollierter Macht „den Ton angeben“, und in dem sie im Bündnis mit Teilen der politischen Klasse ihre Macht- und Gewinninteressen über Wege sichern, die systematisch Arbeits- und Gewerkschaftsrechte, öffentliche Haushalte und politische Demokratie ruinieren? Die Anerkennung der Restriktionen des Gegenwartskapitalismus würde die System- und Transformationsfrage auf der politischen Agenda der Gewerkschaften rehabilitieren. Dabei könnte die Transformation des Finanzmarktkapitalismus in ein Entwicklungsmodell ökonomischer, sozialer und demokratischer Nachhaltigkeit ein Band sein, das die Einzelaufgaben zu einem Gesellschaftsprojekt zusammenbindet.

Doch mit oder ohne Transformationsperspektive: Neue Erfolge setzen neue Durchsetzungsmacht voraus. Dies erfordert vor allem die Stärkung gewerkschaftlicher Organisationsmacht durch die Erschließung neuer Wirtschaftssektoren und Beschäftigten-

gruppen. Politische Handlungsfähigkeit ist heute allerdings mehr denn je ein politisches Produkt. Wo segmentierte Lebenslagen und Erfahrungen unter den Lohnabhängigen gewerkschaftliches Handeln eher erschweren als befördern, müssen gemeinsame Interessen erst definiert und kollektive Praxis, Klassenpraxis allzumal, erst erarbeitet werden. Dies kann wohl nur durch übergreifende Verständigungen und die diskursive Arbeit an gemeinsamen Reformprojekten geschehen.

Bei dieser diskursiven Stärkung ihrer Durchsetzungsmacht sollten sich die Gewerkschaften stärker als bisher gegenüber Akteuren aus der Zivilgesellschaft, aber auch aus den politischen Arenen öffnen. Dies schließt neben den Parteien globalisierungskritische Bewegungen und soziale Selbsthilfeinitiativen ein. Anzustreben wäre nicht die Renaissance der „alten Arbeiterbewegung“, sondern eine plurale „Mosaik-Linke“, in der sich die Akteure einer neuen Bewegung der Arbeit mit anderen und mit neuen Kooperationsformen für gemeinsame Ziele engagieren.

Ob eine solche Bewegung eine Perspektive hat, hängt also nicht zuletzt davon ab, ob ihre Akteure die Aufgaben meistern, die der Finanzmarktkapitalismus ihnen stellt. Doch über Ende und Zukunft von Bewegungen der Arbeit wird längst nicht mehr nur in Europa entschieden. Die Globalisierung des Kapitalismus hat auch jene sozialökonomischen Kontexte globalisiert, aus denen einst die europäische Arbeiterbewegung hervorging.<sup>19</sup> Nicht nur in den sogenannten Schwellenländern, den „BRICS“ (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika oder Südkorea), entsteht im Zuge der kapitalistischen Industrialisierung ein neues Proletariat – und entstehen neue Bewegungen. Der Krise der europäischen Arbeiterbewegung stehen in anderen Weltregionen Aufschwünge neuer Bewegungen gegenüber, in denen Gewerkschaften im Kampf um soziale und politische Rechte den Kapitalismus zivilisieren oder überwinden wollen. Die Perspektiven dieser Bewegungen sind ungewiss. Jedoch steht fest: Die Frage nach der Zukunft der Arbeiterbewegung ist nur noch global zu beantworten.

<sup>18</sup> Vgl. Hans-Jürgen Urban, *Stabilitätsgewinn durch Demokratieverzicht?*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, (2011) 7, S. 77–88.

<sup>19</sup> Vgl. Beverly Silver, *Forces of Labor*, Hamburg 2005; Frank Deppe, *Gewerkschaften in der großen Transformation*, Köln 2012, S. 16ff.